

Der Bund

Masshardts Kampf fürs Stimmrechtalter 16

Mit 76 zu 73 Stimmen hat sich das Kantonsparlament für eine Senkung des Stimmrechtsalters ausgesprochen. Eingebracht hatte das Anliegen die mit 24 Jahren jüngste Grossrätin Nadine Masshardt aus Langenthal.



Reto Wissmann
Korrespondent Biel/Seeland
@RetoWissmann 04.11.2009

Grossrätin Nadine Masshardt weiss, dass eine Abstimmung schwierig zu gewinnen ist. (Beat Schweizer)

«**Bund**»: Frau Masshardt, seit zwei Jahren kämpfen Sie für Stimmrecht 16 im Kanton Bern. Was bedeutet Ihnen der gestrige Entscheid des Grossen Rats?

Nadine Masshardt: Meine Freude ist riesig. Der Grosse Rat hat die Chance gepackt und ein positives Zeichen an die Jugend gesendet. Es ist gut, dass nach der langen Diskussion im Kantonsparlament nun das Volk über Stimmrecht 16 entscheiden kann.

Kaum jemand glaubt an ein Ja in der Volksabstimmung vom 29. November. Wie lautet Ihre Prognose?

Insbesondere nach den Entscheiden in Basel-Stadt und Uri bin ich realistisch genug, um zu wissen, dass die Abstimmung sehr schwierig zu gewinnen ist – es ist aber nicht ausgeschlossen. Immerhin hat die Landsgemeinde des Kantons Glarus Stimmrecht 16 eingeführt. Die kleine Chance werden wir hoch motiviert zusammen mit den Jugendparlamenten und Jugendverbänden nutzen.

Im Grossen Rat haben Sie gesagt, die Frage sei, wem Stimmrechtsalter 16 schade. Die Frage müsste doch aber vielmehr lauten: Wem nützt's?

Diese Frage habe ich gestellt, weil mir schlicht kein Argument gegen eine Senkung des Stimmrechtsalters einfällt. Nützen täte es aber sehr wohl. Zwei zusätzliche Jahrgänge hätten die Möglichkeit, abzustimmen und zu wählen. Sie würden ernst

genommen, und die politische Bildung in der Schule könnte dadurch verbessert und praxisnäher werden.

Der Abstimmungskampf zum Stimmrechtsalter 16 kommt für Sie von der SP im Wahljahr gelegen. Werden Sie das nutzen?

Es ist Zufall, dass der Abstimmungskampf nun teilweise mit dem Wahlkampf für die Grossrats- und Regierungsratswahlen zusammenfällt. Ich habe immer versucht, Stimmrechtsalter 16 nicht parteipolitisch zu belasten, das werde ich auch in den nächsten Monaten so handhaben. Das ist ein Jugendthema, das ausserhalb des Links-rechts-Schemas steht.

Der gestrige Entscheid hat jedoch gezeigt, dass es schwierig sein wird, Bürgerliche mit ins Boot zu holen.

Im Grossrat mag das stimmen, in lokalen Parlamenten und Exekutiven gibt es aber durchaus Bürgerliche, die dafür sind.

Wenn das Volk Ja sagt, können die 16- und 17-Jährigen nächstes Jahr bereits an den kantonalen Wahlen teilnehmen. Wird die Linke davon profitieren?

Nein, das glaube ich nicht. Das war auch nicht mein Ziel. Es ging immer darum, das politische Interesse der Jugendlichen zu wecken. Die Jugendlichen wählen nicht tendenziell links, sondern positionieren sich an den politischen Rändern – links wie rechts.

Der Grosse Rat hat nun die Jugendlichen «gluschtig» gemacht und ihnen neue Rechte versprochen. Wahrscheinlich wird Stimmrecht 16 aber beim Volk durchfallen. Nehmen Sie die Enttäuschung der Jugendlichen bewusst in Kauf?

Die politisch aktiven Jugendlichen sind sehr motiviert und wären sicher sehr enttäuscht. Sie sind sich aber auch bewusst, dass es manchmal mehrere Anläufe braucht – beim Frauenstimmrecht war das nicht anders. Ausserdem hilft allein der Abstimmungskampf, um einige Jugendliche zu politisieren.

Ein wuchtiges Nein im November würde das Thema aber für Jahre vom Tisch wischen. Hätten Sie nicht besser gewartet, bis Stimmrechtsalter 16 politisch etwas reifer ist?

Nein, es ist wichtig, dass das Berner Volk jetzt einmal darüber abstimmt. In Bern ist es nicht so wie in Basel-Stadt oder Uri, wo Stimmrechtsalter 16 vorher nie ein Thema war. Ursula Wyss hatte bereits 1998 einen Vorstoss eingereicht. Nun ist das Thema reif für eine Volksabstimmung.

Die grosse Arbeit kommt jetzt erst. Wie viel Unterstützung haben Sie von Parteien und Verbänden?

Die Jugendverbände freuen sich auf die Abstimmungskampagne. Mit den Parteien haben wir noch nicht gesprochen, wir werden sie aber sicher auch bezüglich den Finanzen angehen müssen. (Der Bund)

Erstellt: 04.11.2009, 10:05 Uhr